

## Beschlussantrag

**der Gemeinderäte Christoph Wiederkehr, Stefan Gara und weiterer Gemeinderatsabgeordneter  
betreffend Cooling-off-Phase für Mitglieder der Stadtregierung**

**eingebracht im Zuge der Debatte über Post Nr. 38 in der 51. Sitzung des Wiener Gemeinderats  
am 30.04.2019 (Untersuchungskommission Krankenhaus Nord)**

In der "Untersuchungskommission zur Klärung der Projekt-, Kosten- und Terminentwicklung des Krankenhauses Nord" wurde eine Vielzahl von Mängeln und Fehlentscheidungen bei Planung und Errichtung des Spitals aufgedeckt. Insbesondere der oft achtlose und intransparente Umgang betreffend Steuergeld, die intransparente Vergabe von Aufträgen oder die nicht nachvollziehbare Vergabe von Posten bereiten den Wienerinnen und Wienern Grund zu Sorge und berechtigter Empörung.

So hinterlässt der Abgang der ehemaligen Wiener Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely immer noch einen schalen Nachgeschmack. Diese gab am 13. Jänner 2017 zeitgleich mit ihrem Rückzug aus der Wiener Stadtregierung bekannt, dass sie ab April 2017 für das Unternehmen Siemens Healthcare GmbH tätig sein werde. Der Siemens Konzern war und ist ein bedeutender Auftragnehmer des Wiener Krankenanstaltenverbands (KAV) und liefert neben medizinischen Geräten auch medizinische EDV-Software. Alleine im Jahr vor dem Abgang der Stadträtin wurden Aufträge im Wert von über 10 Millionen Euro vom KAV an Siemens Healthcare GmbH vergeben. Dies ist deshalb problematisch, weil die Zuständigkeit für den KAV in den Geschäftsbereich der Stadträtin für Gesundheit und Soziales fällt. Es wäre der Stadträtin also theoretisch möglich gewesen, während der laufenden Vertragsverhandlungen Einfluss auf bestehende oder noch abzuschließende Aufträge ihres zukünftigen Arbeitgebers zu nehmen.

Die Kritik an solchen Interessenskonflikten und Auswirkungen wird auch von Expert\_innen geteilt. Franz Fiedler, Ehrenpräsident von Transparency International in Österreich, sprach in diesem Zusammenhang ausdrücklich die schiefe Optik des Wechsels von Sonja Wehsely aus dem Gesundheitsressort zu Siemens Healthcare an.

Der aktuelle Handlungsbedarf ist also nicht von der Hand zu weisen. Ein erster Schritt ist deshalb die Einführung einer Cooling-off-Phase. Ziel dieser ist es, Unvereinbarkeiten zu vermeiden und präventiv gegen eine Vermengung der Regierungsarbeit mit Handlungen zum persönlichen wirtschaftlichen Vorteil von Regierungsmitgliedern zu wirken. Eine solche Maßnahme müsste auf Bundesebene für die Mitglieder der Bundesregierung sowie für alle Mitglieder von Landesregierungen getroffen werden und zeitlich sowie sektoral eingegrenzt sein. Konkret soll es ehemaligen Politiker\_innen – insbesondere Regierungsmitgliedern – bis zu sechs Monate nach ihrem Ausscheiden aus einem (Regierungs-)Amt nicht erlaubt sein, in ein Dienstverhältnis oder eine Beratertätigkeit mit Unternehmen zu treten, mit denen ihr (ehemaliges) Ressort maßgebliche Geschäftsbeziehungen unterhält.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

**BESCHLUSSANTRAG**

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine so genannte "Cooling-off-Phase" für Mitglieder des Stadtsenats aus. Diesen soll bis zu einem Jahr nach ihrem Ausscheiden aus dem Regierungsamt nicht erlaubt sein, in ein Dienst- oder Auftragsverhältnis mit Unternehmen zu treten, mit denen ihr (ehemaliges) Ressort relevante Geschäftsbeziehungen unterhält.

*In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.*

Wien, 30.04.2019

